

Zehn Jahre Krieg – und nichts ist gut in Afghanistan



Zwischenbilanz eines unerhörten Krieges

Martin Link ist Mitarbeiter im
Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein.

Bei der nach 10 Jahren mittlerweile zweiten großen Konferenz auf dem Petersberg bei Bonn wurden am 5. Dezember die Weichen für die künftige Afghanistan-Politik der westlichen Welt gestellt. Kommentatoren hielten es schon vor der Konferenz für ausgemacht, dass der angekündigte Truppenrückzug nur von der Verabredung einer langfristigen Dauereinrichtung westlicher Truppenstandorte ablenken sollte. Wir bilanzieren einstweilen, was die Dekade des Krieges dem Land seit 2001 gebracht hat.

Auf die Frage, was schlechter wird, wenn die NATO-Truppen Afghanistan wie angekündigt verlassen, wurde der Arzt und ehemalige Bundeswehr-Offizier Reinhard Erös schon am 16. November 2011 im Deutschlandfunk gefragt. Schlimmer als gegenwärtig könne es nicht werden erklärt Erös, der seit Jahrzehnte mit dem von ihm gegründeten Hilfsorganisation Kinderhilfe Afghanistan im Land tätig ist.

Im Jahr 2010 seien 30% mehr Nato-Soldaten in Afghanistan zu Tode gekommen, als 2009 und 60% mehr als 2008. Die Zahl toter Zivilisten sprengte 2010 alles bis dato da gewesene. Allein 346 Kinder sind bei Anschlägen umgekommen, davon 200 durch Gewaltakte der NATO.

Für die Mehrheit der Bevölkerung – wenn man von den im Raum Kabul lebenden Bevölkerungsanteil von 10-15% Parvenüs und Profiteuren der Besatzung absähe – habe sich gar nichts verbessert. Im Gegenteil konstatierte der UNDP, dass sich z.B. die Daten in den Bereichen der Kranken- und Trinkwasserversorgung oder bei der schulischen Bildung seit 5-6 Jahren auf ständiger Talfahrt befänden.

Dass die sozialen Versorgungsdefizite nicht daran liegen können, dass zuwenig Geld ins Land kommt, verdeutlicht ein Blick auf die Fakten:

Seit 2003 ist die Zahl der ISAF-Soldaten von 5.581 auf 130.670 in 2011 gestiegen. Die USA haben bis Ende 2011 nach eigenen Angaben 440 Mrd. US\$ in Afghanistan ausgegeben. Die Bundesrepublik wird die Beteiligung der Bundeswehr am Afghanistan-Feldzug nach Berechnungen des Deutschen Instituts

für Wirtschaftsforschung bis Ende 2016 geschätzt 46,8 Mrd. Euro gekostet haben.

Dass mit dem Geld eher keine Schulen gebaut werden, zeigt ein Blick auf die militärische Inanspruchnahme: waren es 2005 noch 1.755 Zusammenstöße von alliierten Truppen und Aufständischen zu verzeichnen, wird die Zahl für 2011 bis Ende des Jahres auf 30.000 geschätzt. Die Kämpfe mit Beteiligung der Bundeswehr stiegen von 15 in 2007 auf 141 in 2010.

Die TAZ meldet, dass allein 2010 fast 730 Soldaten mit posttraumatischen Belastungsstörungen von der Front zurück in die Heimat kamen. Es scheint den Aufständischen zunehmend leichter zu fallen Freiwillige für Selbstmordattentate zu gewinnen – der Zahl 7 in den ersten fünf Jahren des Krieges bis 2005 stehen 180 bis 2009 gegenüber.

Die Opferzahlen der Aufstandsbekämpfung zwischen Militärangehörigen und Zivilisten verhalten sich auffällig anti-zyklisch. 2.607 toten westlichen Soldaten – davon 53 Bundeswehrangehörigen – und 4.500 (2007 – 2010) getöteten afghanischen Armee- und Polizeiangehörigen stehen nach Angaben von UNAMA – bei Einräumung einer u.U. sehr hohen Dunkelziffer – ca. 13.000 getötete Zivilisten gegenüber.

Quellen:

www.dradio.de
www.imi-online.de
www.bmi.bund.de
www.taz.de

Offiziell 40% waren 2008 arbeitslos, 61% gelten als chronisch unterernährt, die Lebenserwartung ist auf 43 Jahre gesunken, die Alphabetisierungsrate ist von 28,7 auf 23,5% gefallen, nur 13% aller Afghanen haben gesicherten Zugang zu Trinkwasser.

Allein im Zeitraum 2006 bis 2010 sind 750.000 Menschen infolge westlicher Kampfeinsätze aus ihren angestammten Wohngebieten vertrieben worden. Laut BMI zählen die Afghanen mit 6.094 Asylanträgen allein zwischen Januar und September 2011 nach wie vor zur größten Gruppe von in Deutschland Schutz Suchenden.

Lohnt sich dieser gewalttätige Aufwand aus Sicht der Bevölkerung? Gerade mal 10% der Aufständischen seien Taliban oder Al-Kaida zuzurechnen.

Nach einer Oxfam-Umfrage aus 2009 sehen 70% der befragten AfghanInnen Armut und Arbeitslosigkeit als Hauptursache für den andauernden bewaffneten Konflikt. Offiziell 40% waren 2008 arbeitslos, 61%

gelten als chronisch unterernährt, die Lebenserwartung ist auf 43 Jahre gesunken, die Alphabetisierungsrate ist von 28,7 auf 23,5% gefallen, nur 13% aller Afghanen haben gesicherten Zugang zu Trinkwasser. Die einzigen sich dynamisch entwickelnden Wirtschaftszweige sind private Sicherheitsfirmen und die Drogenindustrie.

Und die viel beschworene Entwicklungshilfe für Afghanistan? Zugesagt wurden 2002 bis 2009 immerhin 46 Mrd. US\$, davon eingehalten 35 Mrd. US\$. Allerdings gingen laut afghanischem Finanzministerium davon allein 19 Mrd. US\$ in den Sicherheitssektor.

Oxfam beklagt, dass von der Entwicklungshilfe gut 40% als sogenannte „gebundene Hilfe“ wieder in die Taschen

westlicher Firmen zurückwandere. Das *Centre for Strategic and International Studies* schätzt diesen Wert gar auf 90%. Ohnehin beklagen Hilfsorganisationen, den Einfluss des Militärs auf Ihre Arbeit im Zuge der sogenannten „zivil-militärischen Zusammenarbeit“.

VENRO – ein deutscher Entwicklungshilfeverband – kritisiert scharf: „Das Konzept der ‚vernetzten Sicherheit‘ bedeutet in der Konsequenz, dass die staatliche Entwicklungszusammenarbeit und Aufbauhilfe den militärischen Zielen im Sinne einer ‚Aufstandsbekämpfung‘ untergeordnet ist“ und dazu führe, „dass Hilfsorganisationen von Teilen der Bevölkerung als Parteigänger des Militärs gesehen und von Aufständischen als vermeintlich legitime Angriffsziele eingestuft werden.“



Integration – Einheit der Vielfalt

Ich gratuliere dem Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein ganz herzlich zu seinem Jubiläum. Er leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration, der Beachtung der Menschenrechte und dem Abbau von Vorurteilen. Er tritt der Politik im Sinne der Asylsuchenden auch einmal auf die Füße und das ist auch gut so.

Jede freiheitliche, demokratische Gesellschaft beruht auf gegenseitigem Miteinander und Vertrauen. Dabei spielt vor allen Dingen die Akzeptanz der Unterschiedlichkeiten eine Rolle. Deutschland ist mittlerweile ein Einwanderungsland und Menschen unterschiedlicher Herkunft sind inzwischen fester Bestandteil unserer Gesellschaft und kulturellen Vielfalt geworden. Dies gilt auch für Flüchtlinge.

20
gegen
Ausgrenzung
und
Abschiebung
20 Jahre

Der in Schleswig-Holstein entwickelte „Aktionsplan Integration“ ist wegweisend für alle Bundesländer. Der Landtag hat bereits die Residenzpflicht für Asylsuchende aufgehoben und auf Bestreben der FDP wurde eine Bundesratsinitiative zur Einführung einer Bleiberechtsregelung initiiert. Es gibt noch viel zu tun: Asylbewerber müssen schneller arbeiten dürfen und es müssen mehr Angebote wie Sprachkurse geschaffen werden, die die Integration erleichtern.

Integration geht über das Akzeptieren anderer Kulturen hinaus: sie ist Partizipation und bedeutet Zusammenleben bei aller Unterschiedlichkeit der Menschen. Sie ist die „Einheit der Vielfalt“. Denn jeder ist ein Individuum, jeder hat einen anderen familiären, religiösen und kulturellen Hintergrund und ist aus unterschiedlichen Gründen nach Deutschland gekommen, um hier zu leben. Wir wollen gemeinsam mit ihnen leben – aber wir dürfen auch erwarten, dass sie das mit uns wollen.

Politik kann nicht überall sein und deshalb braucht es die Haupt- und Ehrenamtlichen des Flüchtlingsrates, um auf Missstände aufmerksam zu machen, zu informieren aber auch tatkräftig für die betroffenen Menschen tätig zu werden. Für diese Arbeit gebührt dem Flüchtlingsrat ein sehr herzlicher Dank.

gez. Mdl. Ingrid Brand-Hückstedt, FDP-Fraktion